



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Knaup

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.knaup@stadt-koeln.de

Datum: 29.09.2016

Niederschrift

über die **17. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 12.09.2016, 16:34 Uhr bis Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Peter Kron	SPD	Vertreter von Frau dos Santos
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Bernd Petelkau	CDU	
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE	
Herr Bürgermeister Andreas Wolter	GRÜNE	Vertreter von Frau von Bülow bis 17:06 Uhr
Herr Manfred Richter	GRÜNE	Vertreter von Frau von Bülow ab 17:06 Uhr
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	
Herr Ulrich Breite	FDP	Vertreter von Herrn Sterck

Beratende Mitglieder

Herr Jochen Haug AfD

Verwaltung

Frau Petra Engel

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Gregor Timmer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	vertreten durch Herrn Kron
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	vertreten durch Herrn BM Wolter bis 17:06 Uhr, dann vertreten durch Herrn Richter
Herr Ralph Sterck	FDP	vertreten durch Herrn Breite

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie weist darauf hin, dass Herr Dicken vom GPR im nicht-öffentlichen Teil zu TOP 12.1 teilnimmt.

Die SPD-Fraktion hat am 9. September fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema Mülheimer Brücke eingereicht. Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, diesen als TOP 1.1 zu behandeln.

Es gibt folgende Zusetzungen:

I. öffentlicher Teil:

- TOP 2.1.2 Beantwortung einer Anfrage zu Munitionsrückständen auf dem Kalkberg und dem Sachstand zum Alternativstandort Messe P22a, 2710/2016
- TOP 2.1.3 Beantwortung einer Anfrage zur Ausstellung „Breaking the silence“, 2907/2016
- TOP 2.1.4 Kalkberg, Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu Umweltvorsorgeaspekten, 2804/2016
- TOP 2.1.5 Überlassung der Kölner Klagemauer von Walter Herrmann an das Historische Archiv, 2970/2016
- TOP 2.1.6 Sanierungen Zoobrücke und Mülheimer Brücke: Sachstand und weiteres Vorgehen, 2970/2016
- TOP 5.1.1 Vorlage zu einer Dringlichkeitsentscheidung
Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen, 2931/2016
mit dem Änderungsanträgen
der Piraten AN/1228/2016 und von CDU/Grünen/FDP; AN/1498/2016

II. Nichtöffentlicher Teil:

TOP 8.1.1 Baumängel Kulturzentrum am Neumarkt, 3050/2016

Zudem liegt unter TOP 4.2 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema *Standortentscheidungen der Bundesagentur für Arbeit* vor.

Zur Dringlichkeit des Antrages führt Herr Frank aus, die Nachricht über die Standortveränderung der Bundesarbeitsagentur sei am 01.09. der Presse zu entnehmen gewesen und dieser Hauptausschuss sei das nächste erreichbare Gremium.

Der Dringlichkeit wird einstimmig zugestimmt.

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, die TOP 1.1. und 2.1.6 zur Sanierung Zoobrücke und Mülheimer Brücke gemeinsam zu behandeln.

Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 1.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Sanierung der Mülheimer Brücke - Was steckt hinter dem Kommunikationsdesaster?"
AN/1475/2016

2 Mitteilungen

- 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

- 2.1.1 Abrechnungsmodus der Hotels zur Kulturförderabgabe
2683/2016

- 2.1.2 Beantwortung einer Anfrage zu Munitionsrückständen auf dem Kalkberg und dem Sachstand zum Alternativstandort Messe P22a
2710/2016

- 2.1.3 Beantwortung einer Anfrage zur Ausstellung Breaking the Silence
2907/2016

- 2.1.4 Kalkberg
Beantwortung einer mündlichen Anfrage im Hauptausschuss am 25.07.2016 zur Berücksichtigung von Umweltvorsorgeaspekten bei der nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung (2012/2016)
2804/2016

2.1.5 Überlassung der Kölner Klagemauer von Walter Herrmann an das Historische Archiv
2970/2016

2.1.6 Sanierungen Zoobrücke und Mülheimer Brücke: Sachstand und weiteres Vorgehen
3047/2016

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Übergriffe in Kölner Schwimmbädern"
AN/1299/2016

Antwort der Verwaltung vom 08.09.2016
2898/2016

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Antrag der Gruppe Pro Köln betreffend "Nichtbeantwortung der PRO-KÖLN-Anfrage unter Top 4.1 in der Ratssitzung vom 10.05.2016"
AN/1282/2016

Stellungnahme zum Antrag der Gruppe Pro Köln nach § 44 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln
3038/2016

4.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Standortentscheidungen der Bundesagentur für Arbeit überdenken - Arbeitsagentur soll in Köln weiterhin links- und rechtsrheinisch präsent sein"
AN/1485/2016

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen
2931/2016

Änderungsantrag der PiratenGruppe zur Beschlussvorlage „Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen"
AN/1228/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/1486/2016

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

8.1.1 Baumängel Kulturzentrum am Neumarkt
3050/2016

8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Dringlichkeitsvorlagen

11.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Personalien

12.1 Beförderung
2731/2016

12.2 Einstellung - Leitung der Kämmerei
2810/2016

13 Sonstige allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Sanierung der Mülheimer Brücke - Was steckt hinter dem Kommunikationsdesaster?"

AN/1475/20162.1.6 Sanierungen Zoobrücke und Mülheimer Brücke: Sachstand und weiteres Vorgehen 3047/2016

Herr Börschel erläutert die Kritik an der Kommunikation zur Sanierung der Mülheimer Brücke in den letzten Tagen. Er betont, vom Beigeordneten Herrn Höing sei man sonst einen anderen Kommunikationsstandard gewohnt und fragt nach den Gründen für die kurzfristigen Planungsänderungen. Nach seiner Kenntnis seien die Landesfördermittel nicht der entscheidende Grund für die Verschiebung der Maßnahmen. Die Landesregierung habe der Stadt Köln gegenüber mehrfach signalisiert, dass die Sanierung der Mülheimer Brücke im besonderen Landesinteresse stehe und entsprechend dem ÖPNV Gesetz mitfinanziert werden könne. Allerdings sei seitens der Stadt noch kein Antrag auf vorzeitigen förderunschädlichen Maßnahmenbeginn gestellt worden.

Herr Höing betont, die Kommunikationsweise sei hier unangemessen gewesen. Dafür entschuldige er sich und habe das auch bereits bei Herrn Bezirksbürgermeister Fuchs getan. Künftig werde eine frühzeitige Information der Politik sichergestellt. Das Thema Finanzierung sei falsch kommuniziert worden. Es fänden sehr gute Gespräche mit dem Land statt. Die Stadt Köln habe frühzeitig bei der Bezirksregierung einen Antrag gestellt, in die Förderung aufgenommen zu werden, über den nun Ende des Monats befunden werde solle. Danach werde Klarheit darüber bestehen, aus welchen Förderöpfen die Bezuschussung erfolge. Die Entscheidung zur Verschiebung der Sanierung der Mülheimer Brücke sei nicht aufgrund der Fördermittelfrage getroffen worden. Die Verwaltung sei aus seiner Sicht gut aufgestellt. Eine eigene Arbeitsgruppe habe die Brücken über Jahre sehr intensiv untersucht. Nach einer Notmaßnahme Ende 2015 sei Anfang dieses Jahres festgestellt worden, dass sich bei der Zoobrücke nicht nur die Deckschicht, sondern der gesamte Fahrbahnbelag bis zur eigentlichen Brückenkonstruktion in einem schlechten Zustand befinde. In der Folge seien umfangreiche Untersuchungen durchgeführt worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass es sich um flächige Schäden handle. Daraufhin sei geprüft worden, welche Sanierungsstrategien in Betracht kämen. Eine Verschiebung der Arbeiten sei nicht ohne weiteres möglich, da während der Kernsanierung der Mülheimer Brücke die Zoobrücke als Alternative benötigt werde. Nach intensiven Überlegungen in den letzten Wochen seien das Amt für Straßen und Verkehrstechnik und das Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau zu dem Schluss gekommen, dass das Risiko, die Arbeiten an der Zoobrücke erst nach der Sanierung der Mülheimer Brücke in Angriff zu nehmen, zu groß sei. Diese Entscheidung für das nun vorgesehene Vorgehen sei wenige Tage vor dem Verkehrsausschuss getroffen worden. Die Entscheidung sei zwar unangenehm, aber technisch notwendig.

Herr Wolter merkt an, im Verkehrsausschuss sei man sehr überrascht worden. Gut wäre gewesen, vorher die Fraktionsspitzen zu informieren. Er betont jedoch, dass gute Gründe dafür sprechen, die Sanierung der Brücke vorzuziehen. Er erwarte eine ausführliche Vorlage zu Umfang und Kosten der Maßnahme.

Auf Nachfrage von Frau Stahlhofen erläutert Herr Höing, die Generalsanierung aus Los A und die Deckenschichtenerneuerung aus Los B gehörten zusammen.

Herr Kron berichtet, er sei über die Information im Verkehrsausschuss sehr erstaunt gewesen. Das Missverständnis, dass das Land eine Mitschuld an der Verschiebung trage, sei heute richtig gestellt worden. Bei den zahlreichen großen Bauvorhaben der Stadt Köln, die künftig anstünden, bittet er um eine bessere Kommunikation, so wie diese auch sonst vom Beigeordneten Herr Höing vorgenommen werde.

Herr Petelkau führt aus, dass die Kommunikation zwar besser hätte laufen können, aber in der Sache hier alles richtig gemacht worden sei. Für das Thema Sanierung stehe eine kleine Mannschaft zur Verfügung, die sehr effizient arbeite. Er merkt an, aus Sicht der CDU sei nicht nachvollziehbar, weshalb hier das Mittel einer aktuellen Stunde und nicht das einer Anfrage gewählt worden sei.

Die Oberbürgermeisterin regt an, die Sache in den Fachausschuss zu verweisen.

Herr Börschel schließt sich dem Vorschlag der Oberbürgermeisterin an.

Frau Jahn regt an, das Thema Kommunikation für erledigt zu erklären, da Herr Höing dazu hinreichend Stellung genommen habe. Das fachliche Thema der Brückensanierung möge in den Fachausschuss verwiesen werden.

Herr Petelkau stimmt Frau Jahn zu und regt an, die Mitteilung zusätzlich dem Verkehrsausschuss zur Kenntnis zu geben.

Beschluss: Die Sache wird zur weiteren Behandlung an den Fachausschuss (Verkehrsausschuss) überwiesen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Abrechnungsmodus der Hotels zur Kulturförderabgabe 2683/2016

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.1.2 Beantwortung einer Anfrage zu Munitionsrückständen auf dem Kalkberg und dem Sachstand zum Alternativstandort Messe P22a 2710/2016

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Stahlhofen gibt zu Protokoll, dass sie bzgl. des Alternativstandorts kein Verständnis dafür habe, dass ihrer Meinung nach wirtschaftliche Erwägungen gegenüber dem Gesundheitsschutz der Anwohnerinnen und Anwohner in Buchforst gestellt würden.

2.1.3 Beantwortung einer Anfrage zur Ausstellung Breaking the Silence 2907/2016

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Börschel bittet darum, dass ein frühzeitiger Hinweis in den Ratsgremien erfolgen möge, wenn die Verwaltung in Zukunft diese Ausstellung beabsichtigen sollte.

2.1.4 Kalkberg Beantwortung einer mündlichen Anfrage im Hauptausschuss am 25.07.2016 zur Berücksichtigung von Umweltvorsorgeaspekten bei der nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung (2012/2016) 2804/2016

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Jahn weist darauf hin, seit dem 02.09. sei bekannt, dass sich Altöl unter dem Kalkberg befinde. Sie fragt, ab wann Handlungsbedarf aus Sicht der Verwaltung gegeben sei. Der gesamte Kalkberg müsse von der Verwaltung erneut umfassend untersucht werden. Es gehe um vertrauensbildende Maßnahmen.

Herr Dr. Rau führt aus, dass das Thema Altöl bekannt sei und sagt eine sorgfältige Behandlung zu.

2.1.5 Überlassung der Kölner Klagemauer von Walter Herrmann an das Historische Archiv 2970/2016

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Börschel erläutert, die SPD halte den Vorschlag der Verwaltung insgesamt für angemessen und unterstütze die Vorgehensweise.

Herr Dr. Elster führt aus, dass auch die CDU das in der Mitteilung der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehen für richtig erachte und unterstütze. Der Rat habe sich völlig zu Recht gegen die antisemitischen Ausprägungen der Klagemauer ausgesprochen und wirft die Frage auf, ob eine kleine Auswahl von Tafeln tatsächlich eine wissenschaftliche Auswertung dieses 25-jährigen Protestprojekts ermögliche. Dies solle vorab mit den Historikern abgeklärt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine Prüfung zu.

Herr Frank verweist auf die Pressemitteilung der Stadtverwaltung aus dem Juni. Er betont, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe nie den Eindruck gehabt, dass die Stadtverwaltung etwas anderes beabsichtige, als Zeugnisse der jüngeren Zeitgeschichte Kölns zu sichern. Die vorliegende Mitteilung der Verwaltung gebe diesen Gesamtkontext richtig wieder; seine Fraktion stimme ihr daher zu.

Frau Stahlhofen merkt an, dass bereits eine kleine Auswahl (drei Umzugskisten) für spätere Sichtungen getroffen worden sei.

Herr Breite erläutert die Haltung der FDP-Fraktion und verweist auf das Schreiben an die Oberbürgermeisterin. Seine Fraktion unterstütze die von der Verwaltung nun gefundene Lösung.

**2.1.6 Sanierungen Zoobrücke und Mülheimer Brücke: Sachstand und weiteres Vorgehen
3047/2016**

Der TOP wurde zusammen mit TOP 1.1 behandelt. Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Übergriffe in Kölner Schwimmbädern"
AN/1299/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 08.09.2016
2898/2016**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Antrag der Gruppe Pro Köln betreffend "Nichtbeantwortung der PRO-KÖLN-Anfrage unter Top 4.1 in der Ratssitzung vom 10.05.2016"
AN/1282/2016**

**Stellungnahme zum Antrag der Gruppe Pro Köln nach § 44 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln
3038/2016**

Hierzu liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Beschluss:

Der Hauptausschuss hält gemäß § 44 der Geschäftsordnung des Rates fest, dass die Anfrage der PRO-KÖLN-Ratsgruppe unter TOP 4.1 in der Ratssitzung am 10.5.2016 trotz schriftlicher Nachbesserung der Oberbürgermeisterin vom 30.5.2016 immer noch nicht vollständig beantwortet ist.

Insbesondere ist der Kern der Anfrage nach der konkreten Rechtswidrigkeit der am Spanischen Bau nach außen hin sichtbar angebrachten Parteiwerbung in den Fenstern der Fraktionsräumen der Altpartien immer noch nicht beantwortet. Statt einer konkreten Antwort auf die Frage der Rechtswidrigkeit der exakt beschriebenen und abgebildeten Situation flüchtet sich die Oberbürgermeisterin in allgemeine rechtliche Aussagen hinsichtlich des oberbürgermeisterlichen Hausrechts und der Gestaltungsfreiheit der Fraktionen.

Der Hauptausschuss weist die Oberbürgermeisterin daher an, nunmehr umgehend die konkrete Frage nach der Rechtswidrigkeit der von den Fraktionen der Altparteien nach außen hin sichtbar angebrachten Parteiwerbung am Spanischen Bau zu beantworten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig abgelehnt.

**4.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Standortentscheidungen der Bundesagentur für Arbeit überdenken - Arbeitsagentur soll in Köln weiterhin links- und rechtsrheinisch präsent sein"
AN/1485/2016**

Die Mitglieder des Hauptausschusses diskutieren über den Dringlichkeitsantrag und bitten die Oberbürgermeisterin, Gespräche mit der Bundesagentur in Nürnberg aufzunehmen, um die Standortentscheidung ggf. zu revidieren oder zu korrigieren.

Frau Gärtner erläutert, durch den geplanten Umzug der Bundesagentur für Arbeit nach Ossendorf gehe Kundennähe verloren und Strukturen würden zerschlagen.

Frau Jahn führt an, kurze Wege und eine gute Erreichbarkeit der Bundesarbeitsagentur seien gewollt. Ossendorf sei sehr schlecht an den ÖPNV angebunden und somit u.a. für schwerbehinderte Personen schlecht zu erreichen. Eine Anlaufstelle im Rechtsrheinischen sei wichtig.

Herr Börschel merkt an, die SPD plädiere nicht gegen Ossendorf, sondern für eine linksrheinische und eine rechtsrheinische Präsenz.

Herr Frank bedauert die mangelnde Abstimmung der Arbeitsagentur mit der der Kölner Stadtverwaltung bei der Suche nach einem optimalen Standort für die kundenorientierten Angebote.

Die Oberbürgermeisterin äußert, dass sie – bei entsprechendem Abstimmungsergebnis – in dieser Sache gerne das Gespräch mit der Arbeitsagentur suchen werde.

Beschluss:

1. Die von der Nürnberger Zentrale der Bundesagentur für Arbeit getroffenen Entscheidungen zur Bündelung der Kölner Präsenz im Gewerbegebiet Am Butzweiler Hof sind nicht nachvollziehbar. Der Hauptausschuss betrachtet sie mit großer Sorge. Als besonders gravierend wird die Schließung der Zweigstellen Mülheim und Porz und der damit verbundene Rückzug aus dem rechtsrheinischen Kölner Stadtgebiet bewertet.
2. Der Hauptausschuss fordert die Bundesagentur auf, ihre für Köln getroffenen Entscheidungen zu überprüfen. Zumindest eine Zweigstelle der Kölner Arbeitsagentur ist an einem, insbesondere durch den ÖPNV verkehrsmäßig gut angebundenen Ort im rechtsrheinischen Köln, mit allen Dienstleistungen für die Kunden aufrechtzuerhalten.
3. Der Hauptausschuss bittet die Verwaltung und insbesondere auch die Oberbürgermeisterin unmittelbar mit den für diese Standortentscheidungen Verantwortlichen der Bundesagentur in Nürnberg Gespräche aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen 2931/2016

**Änderungsantrag der PiratenGruppe zur Beschlussvorlage „Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen“
AN/1228/2016**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/1486/2016**

Herr Petelkau erläutert, es müsse eine Sicherheitssituation geschaffen werden, die für eine Stadt wie Köln angemessen sei. Dazu gehöre eine strikte Beachtung der datenschutzrechtlichen Auflagen, insbesondere auch die angemessene Information der Anlagennutzerinnen und -nutzer über die stattfindende Videoüberwachung. Auch städtische Ordnungskräfte sollten zur Verfügung stehen. Die Ratsmitglieder sollten weiter regelmäßig im AVR über die weitere Entwicklung der Situation informiert werden.

Herr Kron äußert, dass die SPD der Vorlage und auch dem Änderungsantrag der CDU/Grüne/FDP zustimme. Punkt 1 des Antrages der Gruppe Piraten werde ebenfalls zugestimmt. Bzgl. Punkt 2 und 3 des Antrages der Gruppe Piraten schlägt die SPD vor, dies als Prüfauftrag zu beschließen.

Herr Richter begrüßt, dass trotz unterschiedlicher Einschätzungen bei diesem Thema ein Konsens zustande gekommen sei. Er weist darauf hin, dass nach dem Änderungsantrag die noch festzulegenden Durchführungskonditionen zur Umsetzung der Videoüberwachung dem AVR und dem Verkehrsausschuss mitgeteilt würden und nach zwei Jahren die Erfahrungen und Ergebnisse der Videoüberwachung in einem Bericht den zuständigen Ratsgremien zur Prüfung vorzulegen seien.

Frau Stahlhofen teilt mit, dass die Linke weder der Vorlage noch dem Änderungsantrag von CDU/Grüne/FDP zustimmen werde. Den Antrag der Gruppe Piraten als Prüfauftrag werde ihre Fraktion unterstützen. Sinnvoll sei, mehr Ordnungskräfte einzusetzen.

Herr Breite äußert, er sei froh über den gemeinsamen Änderungsantrag, da nicht nur in den U-Bahnhaltestellen, sondern auch in den Zwischenebenen ein großes Sicherheitsbedürfnis bestehe.

Herr Hegenbarth unterstützt den Änderungsantrag von CDU/Grüne/FDP, bedauert aber, dass kein Kontakt zu den Piraten aufgenommen worden sei. Er spricht sich dafür aus, Punkt 2 und 3 des eigenen Antrages als Prüfauftrag zu übernehmen.

Herr Fenske betont, in den letzten Wochen habe sich gezeigt, wie eng und gut Stadt, Polizei und KVB im Rahmen der Ordnungspartnerschaft zusammenarbeiteten. Die KVB begrüße den Änderungsantrag und werde sich selbstverständlich mit der Stadt und der Polizei abstimmen. Die KVB befasse sich seit Jahren mit hoher Sensibilität und großem Augenmaß - auch bzgl. Datenschutzes - mit dem Thema Videoüberwa-

chung. Entscheidend sei das Signal an den NVR als Fördergeber. Die Videoüberwachung sei nur ein Baustein eines umfassenden Sicherheitskonzeptes.

Herr Frank stellt klar, das Anliegen des Piratenantrages finde sich im Änderungsantrag von CDU/Grüne/FDP wieder.

Herr Hegenbarth bittet um einen Hinweis im Protokoll, dass die Punkte aus dem Änderungsantrag der Gruppe Piraten im gemeinsamen Änderungsantrag der CDU/Grüne/FDP mit berücksichtigt seien. Anschließend zieht er den Änderungsantrag der Gruppe Piraten zurück.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion abstimmen.

I. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Der Hauptausschuss beschließt in Ergänzung der gesamtstädtischen Sicherheitskonzepte die Erteilung des Hausrechtes zur Installation für alle Zwischenebenen der U-Bahn-Haltestellen mit folgenden Maßgaben an die KVB AG zu übertragen:

1. Da es sich bei den Zwischenebenen um öffentliche Räume handelt, bezieht sich das Hausrecht nur auf die Installation und den Betrieb der Videoüberwachung unter strikter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben sowie das Aussprechen von Aufenthaltsverboten durch KVB-Sicherheitskräfte bei gravierenden Störungen des Hausfriedens.
2. Die durch Videoanlagen zu überwachenden Zeiträume für jede einzelne Zwischenebene werden differenziert nach Gefahreinschätzung zwischen KVB AG, Verwaltung und Polizei festgelegt. Die Videoüberwachung ist mit den Maßnahmen des städtischen Ordnungsdienstes sowie dem Konzept für Ordnungspartnerschaften mit der Polizei zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum abzustimmen.
3. Bei von der KVB-Betriebsleitzentrale über Video erkannten Störungen ist situationsabhängig zu entscheiden, ob zunächst nur KVB-Sicherheitskräfte eingreifen oder ob parallel die Polizei sowie das Ordnungsamt der Stadt Köln informiert werden.
4. In allen Zwischenebenen und U-Bahn-Haltestellen wird durch gut erkennbare mehrsprachige Beschilderung auf die Videoüberwachung hingewiesen. Eine ausführliche Information zur Videoüberwachung gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen erfolgt über Webauftritt der KVB AG. Die Informationen sollen u.a. Hinweise über die Überwachungsart, Aufbewahrungsfrist gespeicherter Videos und Verantwortlichkeiten beinhalten.
5. Die noch festzulegenden Durchführungskonditionen zur Umsetzung der Videoüberwachung werden dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung (AVR) und dem Verkehrsausschuss mitgeteilt. Nach zwei Jahren sind die Erfahrungen und die

Ergebnisse der Videoüberwachung in einem Bericht den zuständigen Ratsgremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimme von Frau Stahlhofen (Fraktion Die Linke.) mehrheitlich zugestimmt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen.

II. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

Der Hauptausschuss beschließt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW, in Ergänzung der gesamtstädtischen Sicherheitskonzepte die Erteilung des Hausrechtes zur Installation für alle Zwischenebenen der U-Bahn-Haltestellen mit folgenden Maßgaben an die KVB AG zu übertragen:

1. Da es sich bei den Zwischenebenen um öffentliche Räume handelt, bezieht sich das Hausrecht nur auf die Installation und den Betrieb der Videoüberwachung unter strikter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben sowie das Aussprechen von Aufenthaltsverboten durch KVB-Sicherheitskräfte bei gravierenden Störungen des Hausfriedens.
2. Die durch Videoanlagen zu überwachenden Zeiträume für jede einzelne Zwischenebene werden differenziert nach Gefahreinschätzung zwischen KVB AG, Verwaltung und Polizei festgelegt. Die Videoüberwachung ist mit den Maßnahmen des städtischen Ordnungsdienstes sowie dem Konzept für Ordnungspartnerschaften mit der Polizei zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum abzustimmen.
3. Bei von der KVB-Betriebsleitzentrale über Video erkannten Störungen ist situationsabhängig zu entscheiden, ob zunächst nur KVB-Sicherheitskräfte eingreifen oder ob parallel die Polizei sowie das Ordnungsamt der Stadt Köln informiert werden.
4. In allen Zwischenebenen und U-Bahn-Haltestellen wird durch gut erkennbare mehrsprachige Beschilderung auf die Videoüberwachung hingewiesen. Eine ausführliche Information zur Videoüberwachung gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen erfolgt über Webauftritt der KVB AG. Die Informationen sollen u.a. Hinweise über die Überwachungsart, Aufbewahrungsfrist gespeicherter Videos und Verantwortlichkeiten beinhalten.¹
5. Die noch festzulegenden Durchführungskonditionen zur Umsetzung der Videoüberwachung werden dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung (AVR) und dem Verkehrsausschuss mitgeteilt. Nach zwei Jahren sind die Erfahrungen und die Ergebnisse der Videoüberwachung in einem Bericht den zuständigen Ratsgremien vorzulegen.

Die Verantwortlichkeit für die Einhaltung und den Nachweis datenschutzrechtlicher Belange befindet sich ausschließlich in der Zuständigkeit der KVB. Dieses Hausrecht

¹ Inhalte aus dem Änderungsantrag AN/1228/2016 der PiratenGruppe übernommen.

wird zunächst für die Dauer von zwei Jahren übertragen. Nach dieser Zeit sind die Erfahrungen und die Ergebnisse der Videoüberwachung in einem Bericht zwecks Verlängerung der Übertragung dem Rat der Stadt Köln vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimme von Frau Stahlhofen (Fraktion Die Linke.) mehrheitlich zugestimmt.

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

Herr Petelkau nimmt Bezug auf das Protokoll der 12. Sitzung des Hauptausschusses am 11. Januar sowie die Befragung des Stadtdirektors durch den Untersuchungsausschuss des Landtages zu den Silvesterereignissen und fragt, weshalb der Stadtdirektor diese wesentlichen Informationen dem Rat nicht bereits im Januar zur Verfügung gestellt habe.

Der Stadtdirektor sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Stahlhofen bittet um Mitteilung, wo die im vergangenen Herbst zugesagte Veröffentlichung der Gutachten zur Hubschrauberbetriebsstation Kalkberg erfolgt sei und fragt nach den Kriterien für die Berieselung des Kalkbergs.

Ferner erkundigt sich Frau Stahlhofen, ob bei dem Hubschraubereinsatz auf dem Kalkberg am 03.09. um ca. 9:45 Uhr auch berieselt worden sei und welche Maßnahmen gegen ein Abrutschen der Halde ergriffen worden seien. Darüber hinaus bittet sie um Mitteilung des Sachstands zum autonomen Zentrum.

Auf Vorschlag des Stadtdirektors berichtet Herr Lakenbrink (Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz): Beim Einsatz am 03.09. habe es sich um einen notarztgebundenen Rettungsdiensteseinsatz der Feuerwehr Köln in Buchforst gehandelt, der bodengebunden durch einen Rettungswagen unterstützt worden sei. Der Notarzt habe landgebunden nicht zur Verfügung gestanden und sei deshalb über einen Hubschrauber alarmiert worden. Der Pilot sei frei darin, einen Landeplatz auszuwählen, habe den Kalkberg als geeignet angesehen und sei dort problemlos gelandet. Es handele sich um ein gängiges Verfahren. Einen näher gelegenen Landeplatz habe es nicht gegeben.

Die Oberbürgermeisterin sagt zu, dass die übrigen Fragen schriftlich beantwortet werden.

gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

gez. Birgit Schmitz
Schriftführerin